

Protokoll

über die Landtagssitzung vom Mittwoch, den 13. Jänner 1932 vor-
mittags 9 Uhr.

Anwesend sämtliche Abgeordnete mit Ausnahme des fl. Rat J. Ospelt.
Als Regierungsvertreter fungiert Reg. Chef Dr. Hoop.
Schriftführer Gassner Hans.

Von 9 bis 12 Uhr findet eine Vorbesprechung im ~~Landtag~~ Konfe-
renzzimmer statt. Um 12 Uhr Mittagspause. Um 2 Uhr bis 3/4 4 Uhr
Fortsetzung der Besprechung im Konferenzzimmer.
Um 3/4 4 Uhr Beginn der öffentlichen Sitzung.

Landtagspräsident Pfarrer Frommelt erklärt die Sitzung für
eröffnet und verliest die Protokolle der Schlusssitzung und der
Landtagseröffnung, welche beide genehmigt werden.

Er beginnt dann mit der Verlesung des Finanzgesetzes und des
Landesvoranschlages pro 1932.

Sodann wird das Gesetzesvoranschlag artikelweise durchgenommen.

Reg. Chef: klärt auf, dass die Auslagen für den Landtag gegenüber dem Vor-
jahre um Fr. 500.- gekürzt worden seien. Diese Einsparung werde er-
möglich durch den Umstand, dass in der Regel ganztägige Sitzungen
abgehalten werden. Ebenso werde auch eine Einsparung dadurch er-
zielt, dass die Tagesordnungen von der Reg. Kanzlei gemacht werden.
Die Gehalte bleiben sich gleich entsprechend den Ansätzen des letz-
ten Jahre. Bei der Position Gehalt des Landeskassenverwalter führt
er aus, dass er letztes Jahr mit Fr. 5000.- im Budget figuriert habe.
Derselbe werde jedoch um Anstellung im Pensionsverhältnis ansuchen,
weshalb sich diese Gehaltsreduktion erkläre. - Bei der Position
allgemeine Unkosten und Schreibrequisiten weist Reg. Chef daraufhin,
dass ein niedriger Betrag budgetiert worden sei, weil heuer ein gros-
ser Vorrat an Schreibpapier angeschafft worden sei. - Die Summe der
Gehalte der Lehrer sei gestiegen und zwar aus dem einen Grunde,
weil teilweise Vorrückungen der Lehrer platzgegriffen haben und
auf der anderen Seite junge Lehrer angestellt wurden, welche eine
höhere Besoldung beziehen als die Lehrschwestern. - Die höheren An-
sätze der Pensionen rührt daher, dass Oberlehrer Gassner und Frick
in den Ruhestand getreten sind. - Das Katechetenhonorar für den Hof-
kaplan in Schaan wurde zufolge eines begründeten Ansuchens mit Fr.
100.- mehr budgetiert. Derselbe weist darauf hin, dass sein weiter

Weg, den er bei jedem Wetter gehen müsse, die höhere Entlohnung rechtfertige. Die Finanzkommission beantragt ihnen Gewährung der Erhöhung.-

Präsident: Fragt an, ob die vom Landesschulrate genehmigte bzw. beantragte Entschädigung für die Lehrer mitgerechnet erscheint.

Präsident: Wir haben zur Verfügung des Landesschulrates diesen Posten um 1000 Fr. erhöht.

Präsident: Also ist dieser Posten genehmigt. Die Sache ist nämlich so. Bei der Abteilung der Fortbildungsschule ist dieses Jahr eine Änderung eingetreten, indem 4 Stunden nachmittags gehalten werden. Die Lehrer teilen sich in den Unterricht. Der Landesschulrat beantragte 1 Fr. pro Stunde zu gewähren.- Diese Mehrausgabe wäre also mit der Budgetierung ohne weiters genehmigt.

B a u a m t Titel III.

Präsident: Die Reiseauslagen wurden gegenüber dem Vorjahre um Frs. 300.- erhöht, was bei der vermehrten Arbeit des Bauamtes für notwendig erscheint.- Wir wissen nicht bestimmt, wieviel für Aushilfskräfte des Bauamtes aufgeht. Solche sind nur vorübergehend angestellt. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass noch weitere Kräfte angestellt werden müssen, weil der Landestechniker trotz der bisherigen Aushilfskräfte zufolge der grossen Ueberbürdung nicht nachkommt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, dass im letzten Jahre über 1 Million für das Bauamt bzw. für Bauten etc. ausgegeben worden sind. Auch die Arbeiten der Regierung haben sich durch die rege Bautätigkeit erklecklich vermehrt. Es ist gegenüber 1928 eine Arbeitsvermehrung fast um das dreifache.

Präsident: Bei Position 12 (Verschiedenes) sollte anstatt nur Fr. 5000.- Fr. 10,000.- eingesetzt werden.

Präsident: Wir glauben auszukommen mit diesem Betrage, aber in jüngster Zeit hat sich die Lage derart gestaltet, dass wir noch mehr Personal brauchen, wenn die gewünschten Arbeiten durchgeführt werden sollen. Fr. 10,000.- dürfte nicht weit daneben gegriffen sein.

Präsident: Halt die Anregung einer Mehrbudgetierung für gerechtfertigt. Bekanntlich fordern die Arbeiter immer mehr Arbeit und das bedingt, dass die Arbeiter beschleunigt werden. Der Landestechniker hat schon zuviel Arbeit und ich glaube, dass es noch notwendig wird, mehr Personal einzustellen und dies vor allem deshalb

damit die Arbeiter sofort beschäftigt werden können, so z.B. auf der Triesnerberger Strasse und auch an anderen Orten. Ich unterstütze daher den Antrag auf das wärmste.

Die Abstimmung ergibt einhellig die Mehrbudgetierung auf Fr. 10,000.--.

Nach: Ferd. Für Neuerstellung von Strassen, Kanalisation & dergl. scheint mir der eingesetzte Betrag zu niedrig zu sein. Nachdem überall Strassenverbesserungen und dergl. vorgenommen werden, so wird mehr notwendig sein.

Präsident: Die Strassenteerungen durch die Gemeinden und dergl. sowie die Notstandsarbeiten der Gemeinden sind schon berücksichtigt.

Stabschef: Die Strassenteerungen sind schon weit fortgeschritten. Ferner ist zu bedenken, dass bei Neuerstellung von Strassenschalen auch die Gemeinden bzw. die Interessenten 50% zu leisten haben. Es muss also dieser Betrag verdoppelt werden, weil die Gemeinden 50% dazuschlagen.

Nach: F. Stimmt, dass dieser Betrag nicht ausreichen dürfte.

Stabschef: Bei Punkt Bauamt sollte noch ein grösserer Posten hinzugefügt werden für die Erstellung der Strasse Bondern-Aushäuser. Es ist diese Erstellung eine dringende Notwendigkeit. Man solle sofort einen Plan machen lassen und die Sache beschleunigen.

Stabschef: Klärt dahin auf, dass diese Angelegenheit bereits in Vorarbeit ist. Am Montag ist ein Augenschein gewesen, man hat die Strasse begangen, sie wird noch endgiltig ausgesteckt und dann werden die Vorarbeiten für die Neuaufnahme getroffen. Ich glaube, ohne weiters annehmen zu dürfen, dass diese Arbeit im kommenden Jahre durchgeführt wird. - Wir haben nur jene wiederkehrenden Ausgaben eingesetzt, während ausserordentliche Auslagen im separaten Budget geregelt sind oder von Fall zu Fall vom Landtage nach Vorhandensein der nötigen Mittel beschlossen werden. Wenn dieser Titel des Budgets so angenommen wird, so ändert das gar nichts, wenn auch noch verschiedene Arbeiten im Angriff genommen werden. Die Gemeinden Gemprin und Ruggell sind mit der vorgestern festgelegten Trasse einverstanden, es folgt nun die Bodenauflösung und dann die Ausführung der Arbeit. Je schneller wird diese Strasse wunschgemäss im heurigen Jahre erstellt werden.

Abgeordneter Hopp ist damit befriedigt.

Büchel P.: Unterstützt die Forderung des Abg. Hoop aufs wärmste.

St. Chef: Wenn jemand bei dieser Gelegenheit gewisse Anregungen machen will, so nehmen wir solche gerne entgegen. Wir haben für Unvorhergesehenes Fr. 20,000. eingesetzt und sie werden nach Massgabe der Notwendigkeit ausgegeben werden.

Marxer: Wenn soviel Geld zur Verfügung ist, so hätten wir noch Verwendung für eine Kurve beim Müssner-Brünnen und in Eschen bei Kassier Halsler. Es sind dies gefährliche Kurven und es sollte etwas vorgekehrt werden. Auch für die Erstellung der Strasse von den Auhäusern nach Bendorf bin ich. Die heute vorgesehene Trasse ist jedenfalls die beste und auch die billigste.

St. Chef: Ich kann erwidern, dass der Bank in Müssen glaublich heute nachmittags begangen worden ist. Forstmeister Hartmann wird ihn ausstecken. Beim Hause des Altkassiers Halsler in Eschen ist schon vor Monaten ein Augenschein gewesen, wir sind aber auf Schwierigkeiten gestossen wegen der Bodenausslösung. Halsler hat dort wenig Grund vor dem Hause. Es wird aber zu einer Einigung kommen und diese Arbeit raschnöglichst in Angriff genommen werden.

Marxer: Dankt, dass schon soviel in der Sache unternommen worden ist.

Büchel B.: Die Zollstrasse Vaduz-Rheinbrücke sollte man dringlich tornen & verbessern

St. Chef: Auch hierin ist den Wunsche des Abg. Risch schon Rechnung getragen worden. Es wurde dies bereits schon beschlossen und wir werden in nächster Zeit einen Augenschein wegen Regelung und Verbreiterung dieser Strasse.

Büchel B.: Auch bei Jonas Ospelt ist die Strasse ein Verkehrshindernis und somit reparaturbedürftig.

St. Chef: Die Gemeinde Vaduz hat ja hierin schon Schritte unternommen und ist bemüht, eine Verbindungsstrasse vom Altenbach in die Schlossstrasse zu schaffen. Hauptsächlich ist die Strasse wegen des Autoverkehrs gefährlich.

Glaubt, man sollte den einen oder anderen über treten.

F.: Für so grosse Arbeiten müsste ein spezieller Landtagsbeschluss gefasst werden. Ich glaube mit manchen Anregungen nur kleinere Arbeiten.

Büchel: Ich möchte auf die Anregung von Marxer zurückkommen bezgl. des

Müssner-Rankes, Landestechniker und ich haben die Sache angeschaut, mit den Anrainern und Interessenten besprochen und ich glaube, es ist vorgesehen, dort die Sache gründlich zu machen. Es gibt jedenfalls eine ganz gute Lösung. Die Anrainer sind sehr zuvorkommend, so gehen den schönsten Boden zu verhältnismässig günstigen Preisen her, wobei sie natürlich auch auf Arbeit hoffen. Es wird eine günstige Lösung bald herbeigeführt werden können. Der Techniker kann eben nicht überall sein, weshalb die Sache etwas verzögert werden dürfte. Im übrigen möchte ich bemerken, dass nicht nur die Arbeiter nach Verdienst rufen, sondern auch die Abgeordneten bestrebt sind, solche zu schaffen. Wenn alle Wünsche heuer noch erfüllt werden, dann kann es heuer noch lustig werden.

Zuerst wolle man machen, was man im letzten Herbst schon versprochen hat.

Pr. Chef: Dieses Verprechen ist nur deshalb nicht eingelöst worden, weil die Gemeinde Ruggell vielleicht nicht das nötige Entgegenkommen gezeigt hat. Wir haben deshalb zugewartet. Es gab Differenzen wegen der Steingewinnung. Nun haben wir genügend Material und die Sache wird in den nächsten Tagen in Angriff genommen werden. Diese Strasse ist also wegen dieser Differenz nicht gebaut worden. Dass man bauen will, dafür haben wir genügend Beweise geliefert. Die Summe von über 1 Million beweist zur Genüge, dass man nicht karg ist.

Linier: Nachdem man schon so tüchtig am Bauen ist, möchte man in Mauren nicht zurückbleiben. Am letzten Samstag wurde der Bau einer Wasserversorgung beschlossen und da möchte ich schon zum voraus bitten, dass man uns zu gegebener Zeit entgegenkommt.

ach: F. Nachdem die Herren Abgeordneten die Unbelstände in ihren Gemeinden zur Sprache gebracht haben, möchte ich zwar erwähnen, dass Schaan ziemlich befriedigt ist mit den Strassen. Hingegen zwischen Triesen und Balzers sollte die Strasse reguliert werden.

Pr. Chef: Wir haben, wie früher erwähnt, für Strassenkorrekturen Fr. 100,000.- eingesetzt neben den ausserordentlichen Arbeiten, die von Fall zu Fall beschlossen werden müssen. In konsequenter Fortsetzung der bisherigen Strassenbaupraxis wurde auch die Strassenverbesserung Triesen-Balzers geplant.

Es kommen zwei Varianten in Betracht. Die Erwägungen finanzieller Natur fallen nicht ins Gewicht, weil beide Möglichkeiten gleichviel Geld verschlingen. Im Gegenteil, die bisherige Strassenlinie kommt nach den Berechnungen des Bauamtes eher etwas teurer. Ein Moment haben wir bei der Anlage nicht aus dem Auge fallen zu lassen und das ist die Hochwassergefahr, die Ueberflutung der Strasse. Wir haben aber doch die untere Trasse vorgezogen und wir werden in den nächsten Tagen mit den Arbeiten beginnen und die Strasse nach Möglichkeit höher nehmen von der Grenze weg bis zur Lewenarüfe und dann den Kanal entlang der Mühle zuführen. Sie kommt deshalb billiger, weil schon 5 Meter Grund auf der Strassenseite dem Lande gehören. Das dürfte die beste Regelung sein. Die Gemeinde Balzers ist mit dieser Lösung auch einverstanden. Ich möchte auch zwei Kurven in Erinnerung rufen und zwar eine bei Nr. 1, wo man von Schellenberg nach Ruggell hinunter geht und die zweite bei Nr. 7, wo das abgebrannte Haus ist. Ferner ist beim Nr. 20 ein Hügel, der abgetragen werden sollte.

Unterstützt die Ausführungen Kaisers. Es werden nur geringe Kosten auflaufen. Für Frs. 100.- könnte man die ganze Sache machen. Ebenso bei dem abgebrannten Haus des Im. Schädler, dort müssten nur die Ueberreste beseitigt werden. Es ist dort ganz unübersichtlich. Das ganze wäre ein Kostenpunkt von ein paar Hundert Franken.

Ich möchte den Kaiser unterstützen, besonders der untere Rank ist ganz und gar nicht übersichtlich.

Die Gemeinde Balzers scheint mir die bescheidnste zu sein.

Wir werden selbst auf die Gefahr hin, dass die Nachrichten gegen eine Neuanstellung wettern, eben doch nötgedrungen zu neuen Kräften greifen müssen, wenn diese Sachen alle gemacht werden sollen.

Für Rufeschutzbauten ist der Betrag zu knapp bemessen.

Unser Referent Forstmeister Hartmann ist der Meinung, dass diese Ziffern genügen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, die eine oder andere Post zu überschreiten, was eben nicht voraus gesagt werden kann.

Titel IV.

Die Subventionen für Zuchtstier, Schafe, Ziegenhücke und Eber mehrren sich immer mehr. Auch für Viehprämierung erfordert es mehr.

Die Subvention für Weinkulturen ist im letzten Jahre schon beschlossen worden und ist entsprechend in das heurige Budget aufgenommen worden. — Auch zur Bekämpfung von Obstbaumschädlingen ist auf Gesuch des Bauernvereines eine Subvention eingestzt. Auch andere Staaten schütten solche Subventionen aus, so dass es gerechtfertigt erscheint.

Titel V.

id.: Wie verteilt sich in Post V die Mehrentschädigung auf die zwei bei der Steuerverwaltung angestellten Beamten?

Chief: Der Beamte Frick hat ein Gesuch um Gehaltserhöhung eingereicht und die Finanzkommission beantragt, in Form einer Mehrentschädigung eine bescheidene Aufbesserung zu machen, nachdem die Arbeiten bei der Steuerverwaltung ebenfalls sehr gross sind und gerade auch auf dem Beamten Frick eine grosse Mehrarbeit lastet, weil der Steuerkommissär vielfach auswärts ist.

Titel VI.

Chief: Diese Ansätze fussen auf den Angaben der Post- und Telegraphenverwaltung.

id.: Ist eine neue Markenserie vorgesehen?

Chief: Ja, es wird wahrscheinlich etwas gemacht werden.

sch: B: Mich würde interessieren, was Post 11 (Taxerstattungen) ist.

ser Fritz: Aus den Beratungen der Finanzkommission sollte die Sache aufgeklärt sein. Das sind die Rückvergütungen an den Zeppelinbau für die Briefbeförderung.

Chief: Klärt auf, dass die Taxerstatmententeile dahin zu verstehen seien, dass man an das Ausland für Telegramme einen Anteil bezahlen müsse.

liner: Fragt an, warum letztes Jahr beim Verwaltungsposten ~~XXXXXXXXXX~~ weniger eingestzt gewesen sei als heuer.

Chief: Die Verwaltungskosten stellen jene Beträge dar, welche wir für die Führung der Postverwaltungsgeschäfte an die Schweiz bezahlen müssen. Sie sind im Jahre 1924 neuerlich taxiert worden. Im letzten Jahre ist die schweiz. Postverwaltung abermals an uns herangetreten wegen der Neubemessung dieser Verwaltungskosten. Die Ausgaben sowie die Einnahmen sind erheblich gestiegen. Es ist eine bedeutende Vermehrung der Verwaltungsarbeiten eingetreten und entsprechend diesem Aufschwung wurde diese Post im letzten Jahre neu bemessen.

Titel VII. (Gerichts & Polizeiwesen)

Chef: Bei Punkt 4 haben wir den gleichen Fall wie bei der Landesklasse. Die zwei jungen Lehrlinge sind jetzt als Hilfskräfte mit einem höheren Gehalte gegenüber früher angestellt. Auch die Entschädigung für Amtskleidung der Landweibel wurde erhöht, weil Amtsdienner Becht im Polizeidienst verwendet wird anstelle des jetzt beim Arbeitsamte tätigen Landw. Walser. — Auch bei Postherbergen" musste mehr eingesetzt werden, da sich eine vermehrte Inanspruchnahme im letzten Jahre gezeigt hat. Es hängt dies zusammen mit dieser Ueberflutung der ausländischen Arbeitslosen und Vaganten, die direkt zu einer Landplage werden. Wir haben bereits die Gemeinden angewiesen, ihre Polizeiorgane anzuweisen, dieser Sache ein vermehrtes Augenmerk zu widmen und die Leute zum Verlassen des Landes zu verhalten. Wir hoffen, dass in Zukunft eine Besserung eintritt.

Asid.: Ich hätte gerne eine kleine Auskunft über die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft.

Chef: Ich kann natürlich solches nicht aus dem Kopfe hernehmen, werde mich aber erkundigen und mich in die Lage setzen, morgen hierüber Auskunft geben zu können.

VIII. Sanität.

Chef: Dr. Batliner hat den Antrag gestellt, die Kosten der Impfstoffe für Diphtheriekranke auf das Land zu übernehmen. Diese Anrogung ist gewiss zu begrüßen. Es würde etwa eine Mehrausgabe von 500-800 Fr. pro Jahr betragen.

Asid.: Ich habe in Erfahrung gebracht, dass die neueren Vorgänge zur Impfung gegen Diphtherie sehr teuer zu stehen kommen. Ich würde die Sache empfehlen. Jedoch die neuen Verfahren würden zu teuer kommen. Uebrigens gehen die Ansichten der Aerzte hierin auseinander. Vielleicht könnte ein Gutachten eingeholt werden.

Chef: Klärt auf, dass bereits ein solches von Dr. Batliner vorliege.

Asid.: Das betreffe aber nur die kranken Kinder, die Schutzimpfung wäre hierin nicht in Betracht gezogen.

Chef: empfiehlt, die Sache speziell zu studieren und dann könne nachträglich etwas bewilligt werden. Besonders Gamprin sei letztes Jahr empfunden

musste. Wenn man ein Schutzmittel bekommen könnte, wäre das eine Wohltat für das Volk und für die Schule. Die Sache wird weiter verfolgt und die nötigen Unterlagen beschaffen. Für heuer soll die vingesetzte Post bestehen bleiben und dann später in einem besonderen Beschluss des Landtages behandelt werden.

Ich möchte hier anfragen, ob man nicht grundsätzlich geneigt wäre, die vorgesehenen Impfungskosten auf das Land zu übernehmen. Das macht für den einzelnen Fall etwa Fr. 30 und die Leute sind froh, wenn diese Auslagen vom Lande getragen werden.

Miner: Mein Antrag geht dahin, nur die Impfungskosten zu bezahlen, nicht aber die ganzen Behandlungskosten und das ist begründet, da auch für das Vieh die Impfstoffe vom Lande getragen werden.

Miner: Mein Antrag ging zwar weiter, nun aber wolle man um eine allgemeine Basis zu haben, die Sache weiter studiert und begutachtet werden. Ein allgemeiner Feldzug gegen dieses Uebel schadet nichts. Es soll die Regierung meines Erachtens beauftragt werden, diese Sache einmal gründlich zu studieren.

Miner: Stellt den Antrag, statt Fr. 15,00 Franken 2000 einzusetzen und die Kosten auf das Land zu übernehmen.

Die Abstimmung ergibt einstimmig Annahme dieses Antrages.

Titel IX.

Miner: liest die einzelnen Posten durch und gibt hiezu die nötigen Aufklärungen.

Miner: Ich vermisse immer noch die Gewerbeordnung, die geschaffen werden soll.

Miner: Die Gewerbekommission berätet dauernd und hat einen Grossteil ihrer Arbeit abgeliefert, uns aber hat sie ersucht, mit der parlamentarischen Behandlung zuzuwarten. Die Gewerbekommission ist eine sehr begrüssenswerte Einrichtung und sie hat dem Lande schon manche gute Dienste geleistet.

Miner: Ich kann mich erinnern, dass diese Sache im letzten Jahre schon angeschnitten worden ist. Man hat damals die gleiche Antwort bekommen. Man weiss nicht, ob die Leute überhaupt einmal zusammengekommen sind und ob ein Federstrich gemacht worden ist.

Reg. Chef: Die Gewerbekommission kommt regelmässig zusammen, sie fungiert vielfach als beratende Stelle der Regierung und sie nimmt sich als Fachkommission um die Hebung des Gewerbestandes und den Schutz des einheimischen Gewerbes sehr an, sie macht also eine verdankenswerte Aufgabe. Das Gewerbegesetz ausarbeiten ist keine Kleinigkeit. Die Arbeit ist in die richtigen Hände gelegt und es ist nur zu wünschen, dass es der Kommission gelingen wird, ein die Gewerbetreibenden befriedigendes Gesetz zu schaffen.

Präsident: Eigentlich kann man sagen, dass ein positiver Schritt nicht gemacht worden ist.

Reg. Chef: weist auf die immer grössere Inanspruchnahme der Stipendien durch die Handwerker hin. Es sind dies keine Unterstützungen, sondern eben Stipendien, welche auch sehr angebracht sind, damit die Hebung des hiesigen Gewerbestandes ermöglicht wird. Aus dem Titel Arbeitslosenfürsorge beziehen eben einzelne Arbeitslose, die aus diesen oder jenen Gründen wegen Arbeitslosigkeit in Not geraten sind, die aber auch bedürftig und würdig sind, dass ihnen unter die Arme gegriffen wird. Es gibt immer noch Leute, die trotz reichlicher Arbeit aus diesen oder jenen Gründen nicht beschäftigt werden können. Es werden auch grosse Beträge als Unterstützung ins Ausland an Liechtensteiner verabfolgt. Wir haben eine Menge Liechtensteiner im Auslande, welche auch von Zeit zu Zeit arbeitslos sind. Man hat monomahal hier die Wahl, entweder zu zahlen oder die betreffenden der Heimatgemeinde zuschieben zu lassen.

Präsident: Unterstützt den Reg. Chef in seinen Ausführungen.

Reg. Chef: Wir haben noch Frs. 2000.- zur freien Verfügung aus der Spende des Adlerunternehmens und ich würde diese dem Kranken- und Spitalfonde zuweisen. Die Herren Abgeordneten wissen ja, wie in der Öffentlichkeit und zum Teil in der Presse das Unterstützungswesen behandelt worden ist. Das war hier figuriert, ist damit gemeint. Aber wir nehmen es ruhig wieder ins Budget hinein, weil wir diese Post verantworten können. Wir sind sehr froh und befriedigt, dass wir solche Gaben

geben können und sie werden nur an wirklich Bedürftige und Würdige verteilt. Bevor man die ganze Sachlage kennt, sollte man anständigerweise überhaupt nicht kritisieren. Wir haben im ganzen Lande herum eine gewisse Anzahl von ~~Menschen~~ solchen Kranken, die zu den Beklagenswertesten gehören und solche in Anstalten versorgt, die selbst gutbegüterten Bauernfamilien entstammen. Aber auch diese müssen unterstützt werden, wenn die Familie nicht eher kurz oder lang ruiniert werden soll.

Fr. 2000.- möchte ich für eine Jugendfürsorge bestimmt wissen. Es wäre darunter die Fürsorge für verwahrloste Kinder zu verstehen. Die Missstände als auch die Erfahrungen der Zeit rechtfertigen es, dass hierin ein Anfang gemacht wird.

Die Anregung ist sehr empfehlenswert. Wenn man mit der Sache zu tun hat, dann bekommt man erst einen richtigen Einblick in die Verhältnisse. Alle diese Unterstützungsgelder verdanken wir der Adolletterie. Es ist unverantwortlich, wenn von gewissen Stellen gefordert wird, dass die Unterstützungselisten veröffentlicht werden. Es ist dies geradezu ein Verbrechen an der unterstützungsbefürftigten Bevölkerung des Landes. Solche Leute, die im Spital kranken oder sonst schwerkrank darniederliegen, sollen nach der Ansicht dieser öffentlich aufscheinen und an den Pranger gestellt werden. Es ist aber auch ein Verbrechen, wenn ein solches Unternehmen, das dem Lande soviel Wohltaten spendet, in der ausländischen Presse herabgezogen wird und dadurch ruiniert werden soll. Noch mehr verurteilt muss es von solchen Leuten werden, die schon in öffentlichen Stellen gestanden sind. Jeder anständige Mensch findet das richtige Urteil für ein solches Vorgehen.

Es sind nun zwei Anträge zur Diskussion gestanden, Diejenigen welche diese Fr. 2000.- für die Jugendfürsorge bestimmt haben möchten, wollen dies durch Handaufheben bekunden.

Alle Abgeordnete stimmen für diesen Antrag.

Ein Betrag von der Alkoholsteuer soll für Altersfürsorge bereitge-

stellt werden. Es sollte soviel Verständnis für diese Sache aufgebracht werden. Es könnten etwa 30 bis 40 % zu einem bezgl. Fonds geschlagen werden.

Reg. Chef: Die Anregung wäre sehr diskutabel und idealen Beweggründen entspringt. Ich möchte aber bitten, von einer formellen Beschlussfassung abzustehen, weil im Gesetz von 1928 die Steuereinnahmen zur Tilgung der Schulden bestimmt ist. Wenn die schweizerische Abstimmung durchgegangen wäre, so hätten auch wir den Nutzen gezogen und wir hätten im heurigen Jahre schon etwa Fr. 50,000.- bekommen. In den folgenden Jahren hätten sich diese Einnahmen noch gesteigert. Mit diesen Mitteln hätte man die Alters- und Hinterbliebenenversicherung annehmbar durchführen können. Nachdem aber die Vorlage in der Schweiz gefallen ist, ist diese Einrichtung auch für uns in weitere Ferne gerückt worden. Es könnten gewisse Vorstudien gemacht werden, bevor aus dem Budget heraus Fr. 300,000 genommen werden.

Abg. B.: Es wäre begrüssenswert gewesen, wenn diese Mittel uns von der Schweiz zugeflossen wären. Aber wenn die Alkoholsteuer gefallen wäre, könnte man dieses Geld auch nicht mehr zur Schuldentilgung verwenden. Einen Teil der Alkoholsteuereinnahmen würde ich zur Schaffung und Aufführung eines solchen Fonds verwenden.

Abg. Fr.: Ich kann nicht verstehen, dass wir Einnahmeposten aus dem Budget herausstreichen. Wie soll dann die Regierung den Voranschlag noch aufrecht erhalten, wenn alle Einnahmen beschnitten werden.

Abg. S.: Da der Abschluss des Budgets ein so schöner ist, glaube ich, dass es noch etwas verträgt. Die Auslagen von 1,400,000 Fr. ermöglichen angesichts der Einnahmen von 1,800,000.- Fr. eine kleine Mehrausgabe.

Reg. Chef: Ich verkenne nicht, dass der Antrag manches für sich hat. Auf der anderen Seite aber stehen die berechtigten Bedenken des Abg. Walsor und dann noch das andere Bedenken, Geldmittel in grösseren Umfange anzulegen, wenn man nicht weiss, ob schon in einem Jahre vielleicht die Anlage eine ganz bedeutende Einbusse erleidet. Wenn eingegriffen werden muss, dann muss eine ganz grosse Summe Geldes zur Verfügung gestellt werden. Wenn wir nun alljährlich ein par Tausen Franken zur Durchführung der A. & Hinterblieb. Versich. auf die Seite legen, das befördert das Ink

fördert das Inkrafttreten eines solchen Gesetzes nicht, da braucht es grössere Beträge. Ich finde die bisherige Übung der allgemeinen Unterstützung für praktisch gerechtfertigt, zu dem übrigens auch die Schweiz zurückkehren wird, nämlich ältere und bedürftige Leute zu unterstützen und ihnen das Leben zu erleichtern.

Abg. B. Es sollte einmal ein Anfang gemacht werden. Der Fond würde nur langsam wachsen, aber die Grundlage wäre geschaffen. Wenn aber die Regierung zusichert, dass sie die Sache weiter verfolgt und bemüht ist, die Sache zu fördern, so ziehe ich meinen Antrag, nachdem er auf so unfruchtbaren Boden gefallen ist, zurück.

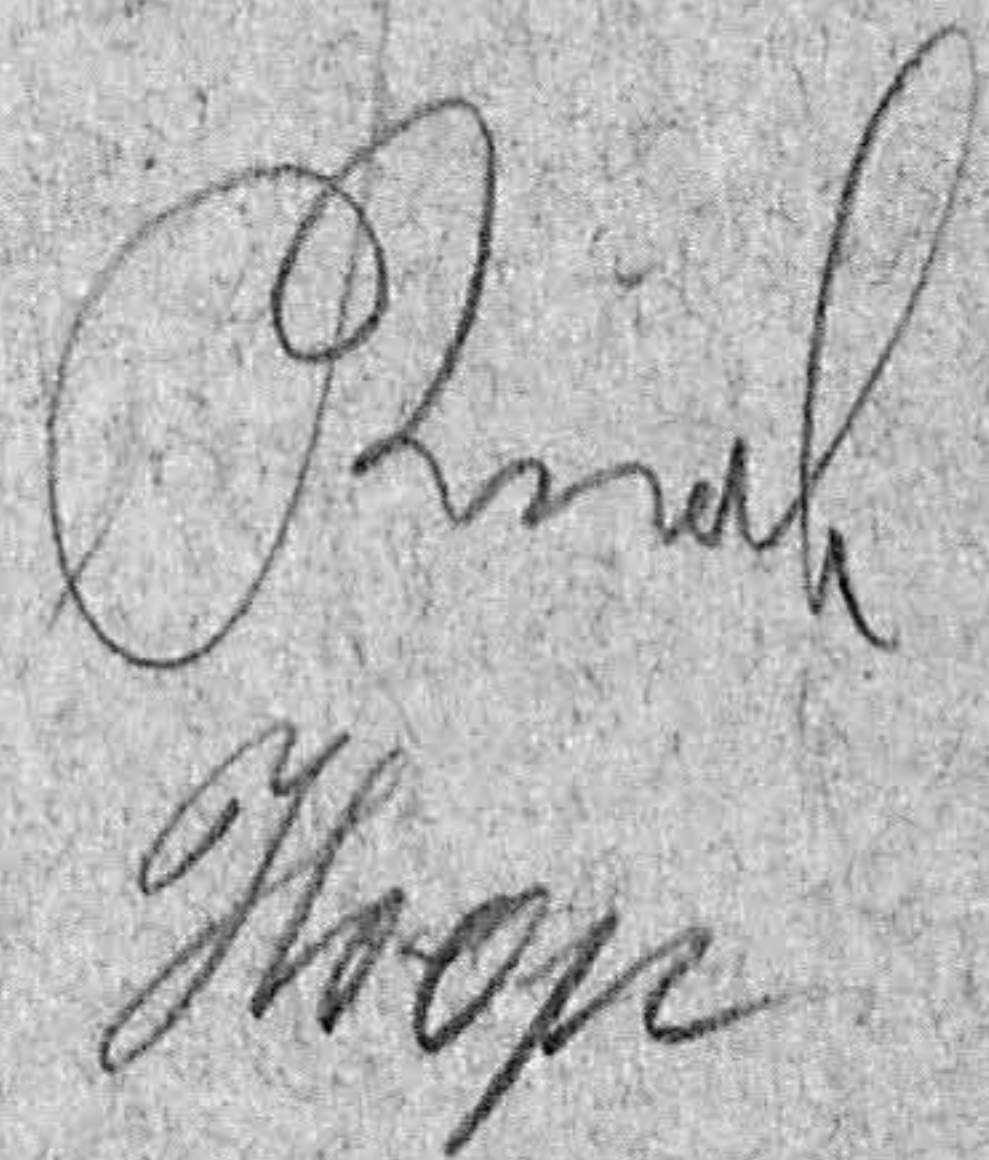
Abg. H. Der Gedanke des Abg. Risch ist sehr ideal, aber im heutigen Moment könnte ich ihm das Wort nicht reden. Wir haben noch eine alte Schuld abzutragen und das ist die Ehrenaufwertung. Diese sollte noch früher aufgegriffen werden. Sie betrifft vielfach alte Leute und ist jedenfalls billig. Ich muss diesen Gedanken wieder einmal aufstischen. Es wird also die Aufwertung dieser verlorenen Gelder eine der nächsten Sachen sein, die der Landtag zu beschliessen hat. Ich glaube immer, der jetzige Landtag sollte es noch machen, aber der nächste wird es vollführen müssen.

Abg. R. Risch hat seinen Antrag zurückgezogen.

Abg. C. Selbstredend wird die Regierung nichts aus dem Auge lassen, was der Förderung dieser Frage dienen kann. In dieser Krisenzeit aber sollte die Sache doch noch zurückgestellt werden. Geht es gut weiter, so kann man später darauf zurückkommen.

Schluss der Tagessitzung 6 Uhr.

Fortsetzung Morgen um 9 Uhr.

Fortsetzung vom Donnerstag, den 14. Jänner 1932 vormittags 9 Uhr.

Bis 10 Uhr findet eine Versbesprechung im Landtage statt. Sodann

werden die Budgetberatungen fortgesetzt.

Pos. Einnahmen:

Reg. Chef: Klärt über die einzelnen Posten auf. Ich kann vielleicht bei die-

ser Gelegenheit erwähnen, dass das Anleihen von 1922 zum grössten

Teil von der Sparkasse übernommen worden ist. Die Bemühungen einer

vorzeitigen Rückzahlung der 1926er Anleihe blieben erfolglos. Sie

ist die teuerste und es wurde seinerzeit übersehen, vorzeitige Rück-

zahlungsbedingungen zu vereinbaren. Die Volksbank ist natürlich nicht

einverstanden, dass wir diese hochverzinsliche Anleihe zurückzahlen.

Hoops: fragt an, wie lange die Anleihe von 1929 ausgedehnt ist.

Reg. Chef: in 10-12 Jahren dürfte diese Anleihe bezahlt sein. Im heurigen

Jahre erreichen wir den Höhepunkt der Amortisationen, es lastet also

heuer die grösste Schuldenlast auf dem Lande.

Risch B. Zu der Sache Zinsen wäre es interessant, zu erfahren, wer bei der

1926er Anleihe den Abschluss gemacht hat wer war daran beteiligt?

Wer hat sie aufgenommen und wer hat verhandelt. Früher hat man für

5% Geld bekommen, nur anno 1926 musste man 6% bezahlen. Scheints

ist da etwas nicht ganz heuscher.

Reg. Chef: Grösstenteils hat die Gesandtschaft in Bern darüber verhandelt und

selbstverständlich auch die Regierung. Diese hat die amtlichen Verhand-

lungen gepflogen.

Walser Fr. Ich möchte ergänzen, dass die Anleihe wohl ziffermässig zu 6%

verzinslich ist, sie kommt aber in Wirklichkeit auf 6, Prozent.

Risch B. Ich bin nur darum misstrauisch geworden, weil bei der Anleihe von

1929 eine Provision von Fr. 40,000.- verlangt worden ist. Jedenfalls

wurde hier in diesem Falle die entsprechend höhere Provision für die

Beschaffung gefordert.

Fr.: Ich glaube, aktenmässig ist die Abgelegenheit nachgewiesen worden. Es

kann diese Vermutung nicht gestützt werden. Der allgemeine Zinslauf

war jedenfalls damals etwas höher. Es ist dies ein vom Lande abge-

schlossener Vertrag und alle Versuche zur Aenderung sind erfolglos.

Auf Wunsch der Abgeordneten kann ein geneuer Bericht in diesem Be-

langen beige stellt werden.

sch: Ich muss den Antrag stellen, dass die Sache genau untersucht wird. Die Anleihe von 1929 haben bekanntlich jene verursacht, die die Sparkassenschäden verursachten. Es ist umso mehr bedauerlich, weil jene die Schuldigen sind, die wieder an ^rWek sind, die Einnahmen des Staates zu untergraben. Ich möchte unterstreichen, dass auch das Adlerunternehmen hätte sollen auf ihren Wunsch zum Lande hinaus. Diese Einnahmen sind erfreulich und nun wird von dieser Seite geschürt und gehetzt. Wenn es einen Namen dafür gibt, so ist jedenfalls Verbrecher nicht zuviel gesagt.

tliner: Ist der Posten für die Gesandtschaft nicht überschritten worden?

R.Chef: Die Abrechnung vom letzten Jahre ist nicht überschritten worden. Im vorletzten Jahre ist sie sogar unterschritten worden. - Wir haben an Einnahmen etwa Fr. 150,000.- gehabt und das kommt zum grössten Teile von den Einbürgerungstaxen her.

op: Wie steht es da beim Grundbuch, wie weit führt die Sache zurück.

R.Chef: Diese Antwort möchte ich bei der Behandlung des Punktes 7 geben.

Position V.

chel: Es dürfte verschiedene Abgeordnete interessieren, warum die Pächtererträge für Fischerei niedriger eingesetzt sind als im Vorjahre.

R.Chef: Durch die Kanalbauten in Balzers und Ruggell sind einzelne Pächter geschädigt worden. Sie haben die Pachtverträge gekündigt und es wurden neue Pachtverträge abgeschlossen, die eine Mindereinnahme von Frs. 700.- zur Folge hatten.

ss.: Wie erklärt sich der Ausfall von Frs. 190,000.- bei Punkt e) Pos. V?

R.Chef: Wir haben im heurigen Budget den Gemeindeanteil an Gesellschaftssteuern schon abgezogen.

Position VII.

op: Ich möchte den Reg. Chef anfragen, wie sich die Unregelmässigkeiten beim Grundbuchamte zugetragen haben und auf welche Jahre es zurückläuft.

R.Chef: Ich habe mich beim Landgericht, dem nach dem Sachenrechte die Geschäftsbeaufsichtigung zusteht, erkundigt. Laut Art. 549 steht der Regierung keine Ingerenz auf das Grundbuch zu und ich stütze mich deshalb auf die Erklärung des Landrichters und die der Kontrollstelle, welche die Unregelmässigkeiten untersuchte. Kürzlich erfolgte eine Anzeige, dass eine über die normale Taxe hinausgehende Taxe verlangt worden sei. Dies hat den Anlass zur Untersuchung gegeben.

Sie hat folgendes zu Tage gefördert. Der betreffende Beamte hat von verschiedenen Parteien

- 1.) mehr eingezogen, als nach dem Taxregister angängig war und
- 2.) ^{helt} Landgerichtsbeiträge, welche in Landgerichtsurkunden figurierten, falsch eingestellt.

Die Uebertragungen in die Register weisen Fälschungen auf. Der Betrag springt um die 10,000.- Fr. herum. Der Schaden ist vollständig durch den fehlbaren Beamten gedeckt worden. Die Untersuchung hat erwiesen, dass die Verfehlungen bis zum Jahre 1925 zurückgehen. Vermutlich gehen sie noch weiter zurück. Eine erschöpfende Kontrolle wird das noch zeigen. Ich stütze mich hierbei auf die Aussagen des Landgerichtes und der Kontrollstelle.

Wenn das soweit zurückgreift, ist das einer ihrer Jünger. Hat es noch mehr Beamte, die Geld einziehen? Es ist dieser vielleicht nicht das letzte Glied in der Kette. Entweder sollte die ganze Sache neu geregelt werden, oder aber den Beamten Handschellen anlegen.

Chef: Sowohl in der Landgerichts- wie in der Reg. Kanzlei wird Geld eingekassiert. Es werden Register geführt, welche ohne weiters kontrolliert werden können. Beim Grundbuchamt ist die Kontrolle rechnermässig von der Treuhandgesellschaft ausgeübt worden, aber die reine Kontrolle der landgerichtlichen Urkunden und deren Ueberträge in die Kassabücher ist eben scheinbar nicht erfolgt. Die gesetzlichen Bestimmungen würden dies erfordern.

Es erscheint hier angängig, ob nie eine Mitteilung über eine Unstimmigkeit ergangen ist.

Chef: Nein. Das Landgericht ist zuständig, das Grundbuch zu beaufsichtigen. Uns steht keine Ingerenz zu auf das Landgericht. Wir haben sofort nach Mitteilung von Unregelmässigkeiten das Landgericht mobilisiert. Es wurde aber eine Geschäftsprüfungskommission gewählt, welche alle Kanzleien prüfen soll.

Ich muss bei diesem Zusammenhang erwähnen, dass letztes Jahr der Geschäftsprüfungskommission vom Landgerichte eine Einsichtnahme verweigert wurde. Der Vorsitzende Ospelt ist nicht hier, aber die anderen Mitglieder können vielleicht hierin erschöpfende Auskunft geben.

Miner: Die Sache ist so gewesen. Wir gingen in die Landgerichtskanzlei. Rat Ospelt brachte unser Vorhaben vor und der Landrichter sagte, meine Herren, da habt ihr nichts zu tun, Justiz und Verwaltung ist getrennt.

Eventuell könnten ihr beanstanden, dass ~~Mit~~ wir einen Kasten braue-
 en könnten, aber weiteres habt ihr hier nicht zu tun. Hat Ospelt
 wollte nicht nachgeben, während ich lieber fortgegangen wäre.

Es ist bedauerlich, dass gerade im Justizfach diese Unregelmässig-
 keiten zum zweitenmale vorkommen, das erstemal in der Kanzlei und
 das zweitemal auf dem Grundbuch. Die nötige Kontrolle hat also ge-
 fehlt. Der Landrichter ist, wie ich weiss, mit Arbeiten überlastet,
 aber gerade umso mehr erscheint es mir unbegreiflich, dass ein Mann
 in dieser Stellung, die Kontrolle nicht durch eine hiezu berufene
 Kommission machen liess. Es ist bedauerlich, dass gerade an dieser
 Stelle solche Vorkommnisse sich wiederholten.

Präsident: Der Landrichter hat seinerzeit auch erwähnt, dass schon vor etlichen
 Jahren eine Geschäftsprüfungskommission gekommen sei mit Dr. Beck
 an der Spitze und er habe diesen das Gleiche gesagt.

Chef: Das entschuldigt nicht, die Geschäftsprüfungskommission hat alles zu
 überprüfen. Es ist eine grosse Entlastung der gesetzlichen Pflicht,
 wenn von anderen Seiten kontrolliert wird. Der Landrichter scheint
 sich auf den Standpunkt gestellt zu haben, den die Verfassung und
 das Sachenrecht einnimmt. Liest Art-99 der Verfassung.

Der Landrichterv hat sich auf den Standpunkt gestellt, dass die
 Justiz unabhängig ist und dass sie niemand zu kontrollieren habe.
 Selbstverständlich hat er den Beamten getraut, sonst wäre es nicht
 so weit gekommen. Leider ist das nicht der einzige Fall, sondern einer
 von den vielen der letzten Jahre. Man weiss nicht, was man von der
 Sache halten soll.

Präsident: Ich kann mich mit dieser Haltung des Landgerichtes nicht einver-
 standen erklären. Wenn sich das Landgericht auf den Boden des Rechts-
 grundsatzes stellt der Trennung von Justiz und Verwaltung stützt,
 hat das seine Geltung. Wenn aber das Landgericht Gebühren, Taxen etc.
 einzieht, so ist das keine Justizhandlung mehr, sondern es ist eine
 im übertragenen Wirkungskreise ausgeführte Handlung und hat mit
 der Justiz nichts mehr zu tun. Ich missbillige, wenn Kontrollmit-
 glieder verkannt werden und eine Kontrolle nicht ausgeübt werden
 kann. Jeder aufrichtige Beamte wird froh sein, wenn diese Kontrolle
 ausgeführt wird. Ich möchte kein Amt verwalten, wo keine Kontrolle
 ausgeübt wird.

Ich möchte die Anregung machen, dass der Kassierdienst durch die fl.
 Landeskasse geht.

Kleinere Stempelentnahmen ausgenommen. Der einzelne Beamte ist dann für dieses Geld nicht mehr verantwortlich. Die Regierung soll hierin das Nötige veranlassen.

Chief: Ich möchte der letzte sein, der Misstrauen gegen die Beamten auswirft. Wie es mir erscheint, ist der fehlbare Beamte das Opfer eines Systems. Das zeigt ein Rückblick auf die vergangenen Jahre. Ich habe den Beamten für einen der ~~Chancen~~^{Chancen} gehalten, leider ist auch er ein Opfer des Systems geworden. Wir müssen ~~gleichlich~~^{vorher} alles, dass solche Sachen nicht mehr vorkommen. Man sagt oft: "Volkesstimme ist Gottesstimme".

Man hat so schon bei den letzten Wahlen gesagt, man sollte den eisernen Besen anwenden. Es ist, wie Abg. Hopp gesagt hat, ein Glied in der Kette und ich hoffe, dass diese Kette nun geschlossen ist, und dass so etwas in Zukunft nicht mehr vorkommt. Wir sind verpflichtet, das vorzukehren, dass solches nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen ist. Ich bedaure dieses Opfer, aber die ~~Fehlbarkeiten~~^{Schuldigen} sind ~~höhere~~^{andere} Stellen gewesen. Es ist ein System dahintergelegen wie selten in einem Lande. Nach meiner Auffassung sind die Urteile viel zu milde erlassen und wenn es so weiter geht, gibt es nur ein Rettungsmittel, den eisernen Besen anzuwenden. Auf jedem Posten gehört ein gewissenhafter Beamter. Stellt den Antrag zur sofortigen Neuregelung des Geldeinzugsmodus. Der Beste kann, wenn er zusehr in der Gelegenheit steht, sich vergessen und zur schuldhaften Fehlbarkeit kommen. Diese Gelegenheit zu unterbinden, ist unsere Hauptaufgabe.

Ich unterstütze, dass sämtliche Zahlungen ~~an~~^{an} die Landeskasse zu erfolgen haben.

Chief: Eine solche Neuerung ist zweifellos nur zu begrüßen. Es wird aber unvermeidlich sein, dass der eine oder andere Beamte noch eine Kasse führt. Im Wesen handelt es sich immer darum, dass ein unehrlicher Beamter auch Gelegenheit finden wird, wenn auch 10 Kontrollen stattfinden. In erster Linie ist es das Vertrauen, auf das man sollte bauen können. Die Neuerung bringt eine gewisse Komplizierung. Die Partei muss mehr Gänge machen, aber ich halte das für das kleinere Übel, als wenn mehr solche Skandale vorkommen.

In der technischen Durchführung hat es nicht grosse Schwierigkeiten. Nicht der Beamte wird dadurch belastet, sondern die Partei. Diese erledigt das Geschäft, ob sie eine Minute mehr Opfer bringen muss oder nicht. Für kleinere Beträge soll der Beamte eine Kasse führen.

Der Beamte soll zu Anfang eines Monats einen gewissen Betrag in Stem- 21

pel erhalten und am Ende des Monats genaue Abrechnung mit der Landes-
kasse machen. So regelt es sich von selbst. Entweder stimmt es dann
am Ende des Monats oder nicht, die Kontrolle ist dann leicht. Der Fehl-
betrag kann dann nicht so gross sein. Das wäre auch für den Beamten
eine Erleichterung für seine Verantwortung. Dann kommt nicht ab und
zu eine solche katastrophale Niederlage, wie sie bisher einem fehl-
baren Beamten getroffen hat. Ich möchte diese Anregung sehr empfehlen.
Wir stimmen ab, dass die Regierung beauftragt wird, diese Lösung mög-
lichst bald durchzuführen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen und die Regierung beauf-
tragt, das Nötige vorzunehmen.

T i t e l X.

Zu diesem Titel möchte ich mir zwei Fragen erlauben.

1.) Ich wiederhole die Anfrage, die ich letztes Jahr bei der Bere-
tung der Landesrechnung gemacht habe, nämlich: "Wie weit ist die
Sache geüchen wegen des Anschlusses der Gemeinden Eschen und Mau-
ren an das Lawenwerk." Demals hat die Regierung die Gründe bekannt
gegeben, warum die Verhandlungen nicht zu Ende geführt worden sind.
Für mich sowie für die breite Öffentlichkeit wäre es sehr interes-
sant, zu erfahren, was unterdessen in dieser Sache gegangen ist.

2.) Bekanntlich weist der Stromtarif des Lawenwerkes dem Strom-
besitzer gegenüber gewisse Härten auf und diese sind schon massgebend
den Faktoren zur Kenntnis gebracht worden. Es soll ein neuer Strom-
tarif ausgearbeitet werden. Das neue Jahr ist nun gekommen und weil
man nichts von diesem neuen Stromtarif hört, möchte ich anfragen, ob
etwas bekannt ist, wie es damit steht oder was der Schaffung entge-
gensteht.

Vorläufig ist die Anfrage an mich gerichtet, möchte dann aber ein
Mitglied des Verwaltungsrates hierin reden lassen, der die Sache dann
ergänzen kann. Die Ablösung von Eschen und Mauren ist betrieben wor-
den, sie hat sich aber durch Kankheiten und verschiedene Umstände
verzögert. Zu Beginn des Winters wären die Ablösungsverhandlungen
zum Abschluss gekommen, aber da hat das L.W. wieder keinen Wert da-
rauf gelegt, weil, es keinen Strom hat und es hat lieber zugewartet,
bis zum nächsten Frühjahre. Es ist ein neuer Beweis, dass das
L.W. eben von allem Anfang an verpfuscht ist. Was der Stromtarif
anbetrifft, soll ein solcher neu ausgearbeitet sein. Wann

in Kraft getreten ist, kann ich nicht sagen. Es ist nicht einfach, ei-

nen solchen Tarif aufzustellen. Man kann dem L.W. keinen Vorwurf machen, Der heutige Verwaltungsrat müsste Kunststücke vollführen können, wenn aus dem L.W. etwas herauskommen sollte. Ganz idealen Tarif gibt es wohl keinen. Der eine hat da und der andere dort eine Härte. In Ganssen und Gressen aber stehen wir nicht schlechter als die Bezüger in Buchs oder in Vorarlberg.

Nach F.: Ich kann nur bestätigen, was der Herr Reg. Chef erwähnt hat. Im Jahre 1932 ist mehr als 20% mehr Strom verbraucht worden gegenüber dem Vorjahre. Bevor Eschen und Meuron angeschlossen werden können, müssen wir uns noch um Reserven umsehen und zwar hat der Verwaltungsrat die Absicht, Dieselmotoren anzuschaffen. Bis auf den nächsten Winter soll eine Reserve geschaffen sein. Das Wetter ist eben nicht alle Jahre gleich. Es kann sogar ganz wasserarme Spätherbste geben, so dass Wassermangel besteht und mit dem Strom gespart werden muss. Wenn eine Reserve geschaffen ist, dann kann man ohne weiters die Kochherde auch im Winter angeschlossen lassen. Dieser unwirtschaftliche Uebelstand wird dann beseitigt werden können. Demnächst wird die letzte Sitzung betr. Regelung des Stromtarifes stattfinden, so dass für 1933 der neue Tarif zur Anwendung gelangt. Die Strompreise werden den schweizerischen und auch den österr. angepasst sein. Der Verwaltungsrat muss natürlich das Interesse des Wrtkes wahren und allen kann man nicht alles recht machen.

Nach F.: Ich habe erfahren, dass die Plombierung der Kochherde in einer ungünstigen Zeit erfolge. Man hört sogar die Behauptung, dass, dass sie in einer Zeit plombiert werden, wo genügend Wasser vorhanden sei. Nach den Ausführungen des Abg. Risch F. steht zu erwarten, dass nunmehr diesem Uebelstand abgeholfen wird.

Nach B.: Laut Ausführung des Abg. Risch F. hat das Lawenawerk zu wenig Strom.

Man beabsichtigt, einen Ersatz zu schaffen durch Dieselmotore. Bevor nur blindlings diese Anschaffung gemacht wird, sollte doch die Sache näher geprüft werden, ob nicht durch den Ausbau der Vaduzer Wasserleitung genügend Kraft erzielt werden könnte. Der Ausbau dieses Werkes dürfte nicht so hoch kommen. Man könnte dabei ca. 250 Kilowatt gewinnen. Ich glaube, es wäre lohnend, wenn man die Sache näher untersuchen würde. Ich möchte daher an Risch F. die Empfehlung richten, die Sache in Schosse des Verwaltungsrates zu erwägen und zur verfolgen.

User Fr.: Ich möchte mich dem Antrage des B. Risch anschliessen und die Sache nicht nur derart weiter ausdehnen, dass man nicht nur die Anschaffung von Dieselmotoren in Betracht zieht, oder den von Risch B. in Vorschlag gebrachten Ausweg erwägt, sondern dass man auch den dritten Weg ins Auge fasst, nämlich, wie hoch sich die Kosten für den Anschluss an die Sammelstelle eines grossen Elektrizitätswerkes in der Umgebung stellen. Dann glaube ich, ist das eine reine Rechnungssache, wo man sich am billigsten stellt.

Risch F.: Ich muss noch feststellen, dass Verhandlungen mit Vaduz stattgefunden haben und wir haben dann an einer Sitzung der Gemeindevertretung von Vaduz teilgenommen. Der Vorsteher hat seine Wünsche geäussert, wir sind auf seine Wünsche eingegangen und nachher ist die Sache uns so gelegt worden, man habe uns wollen die Hand bieten und wir hätten nicht Hand geboten. Von fachmännischer Seite ist uns der Ausbau des Vaduzerwerkes abgeraten worden. Die Dieselmotoren stellen sich für uns billiger und dies ist uns auch von Fachseiten als vorteilhafter hingestellt worden. Die Gemeinde Vaduz hat günstige Gutachten eingeholt. Es war wie bei einem Prozess, wo der Beschuldigte von wohlwollender Seite Gutachten einholt, die zu seinen Gunsten lauten. Es war fast eine Beleidigung für uns, uns etwas vorzulegen und in der Auffassung zu leben, dass wir etwas verschlingen möchten.

Risch B.: Der Verwaltungsrat ist selber schuld, dass keine Einigung erzielt worden ist. Ich meine nicht, dass das Land unbedingt der Gemeinde Va-

duz die Sache pachten oder kaufen soll. Nur wenn es ein günstiges Geschäft für das Land ist, soll es abgeschlossen werden. Wenn der Verbrauch alljährlich um 20% zunimmt, dann wird es das beste sein, ein anderes Werk auszubauen.

sch. Ferd. Ich möchte anfragen, wie es mit der Spende steht, die zur Verteilung an Gemeinden zur Verfügung gestellt worden sei. Einzelne Gemeinden haben schon vor Jahresfrist etwas bekommen, andere sollen noch nicht im Besitze dessen sein.

Chief: Von dieser Spende ist noch ein Betrag vorhanden, der gewiss für verschiedene Zwecke verwendet werden kann. Man muss sich darüber schlüssig werden, in welcher Form dieses Geld Verwendung finden soll. Ich stelle mich auf den Standpunkt, dass es zu möglichst produktiver Arbeit Verwendung finden soll. Bis jetzt hat das Kapital immer nur Zinsen getragen. Einzelne Gemeinden haben es tatsächlich bekommen, andere warten doch darauf und sie werden froh sein, dass sie noch solches zurecht haben.

Bei: Bei der Uebergabe der Spende wurde betont, dass die Spende zur ~~freien~~ freien Verfügung der Regierung bestimmt sei.

Chief: Selbstverständlich werden wir auf eine möglichst gleichmässige Verteilung achten, dass jede Gemeinde etwas bekommt. Vielleicht könnte eine Erörterung hierüber geführt werden.

Chief: Es wäre von Interesse, was für Gemeinden schon damit beteiligt worden sind.

Chief: Ich werde nachmittags genaue Auskunft geben.

Miner: Bei Pos. IV, Spezialbudget für Sparkassenschäden wünschte ich einen anderen Titel, denn wenn ein Fernstehender das liest, so kennt er sich nicht aus und es ist auch für die heutige Sparkasse keine Reklame. Es sollte ergänzt werden, seit wann diese Schulden bestehen, also könnte man schreiben: Sparkassenschäden vom Jahre oder Schwindel vom Jahre 1928

Chief: Ich möchte da den Sparkasseverwaltungsrat hören, es mag sein, dass ein anderer Titel der Sache gerechter würde. Es könnte so zu Missverständnissen führen. Man kann sich auf eine genauere Bezeichnung einigen.

Basler Fr.: Ich muss dem Batliner beipflichten. Diese Bezeichnung ist im vorliegenden Budget ein Schönheitsfehler. Aber das Budget ist doch nur für den Landtag und für innere Verhältnisse bestimmt, hat also nicht jene Bedeutung. Auf nächstes Jahr jedoch wolle man einen anderen Titel suchen. Ganz verheimlichen aber wird sich die ganze leidige Sache nicht lassen.

Obel: Ich gehe mit der Anregung Batliners einig, Es würde nichts schaden, wenns vielleicht etwas ausführlicher aufgeführt würde. Der Titel ist jedenfalls sehr mild. Es braucht ja im Budget keine Aufmachung platzzugreifen, aber seit wann die Schulden bestehen, diese Aufzeichnung würde ich begrüßen.

Obhrf: Wir werden sehen, was da zu machen ist. Es wird dieser Titel korrigiert werden.

Basler: Hat sonst noch ein Abgeordneter zu dem allgemeinen Budget eine Bemerkung?

Batliner: Nachdem das Budget so gut ausgefallen ist und auch die Bautätigkeit im Lande so rege ist, möchte ich die Anregung machen, dass man noch mehr baut und dies speziell am Kanal. Vielleicht liesse sich derselbe statt in fünf schon in vier Jahren ausführen. Mein Wille wäre, bauen so ^{wie}ville als nur irgend möglich ist. Das Geld ist durch produktive Arbeit am besten verwendet.

Obhrf: Wir hatten am Montag eine Begehung und sind bei diesem Anlasse auch darauf zu sprechen gekommen und ich glaube, dass der Wunsch des E. Batliner sowieso erfüllt werden wird. Wenn die Herren Abgeordneten die Bau teilen sehen könnten, so würden sie selbst zur Ueberzeugung kommen, dass die Fertigstellung des Kanals keinesfalls 5 Jahre beansprucht. Wir werden heuer den Parallelgraben bis in die Häuser von Ruggell hinein fertig erstellen. Heute ist bereits wieder eine grössere Arbeit in den Zeitungen ausgeschrieben. Wir sind ebenfalls der Meinung, dass das Geld, das eingeht und zur Verfügung steht, zu ~~MINIMALEN~~ nützlichen Arbeiten verwendet würde. Ein Einsender in den Liecht. Nachr. ruft zwar heute, man möchte Reserven schaffen. Aber die ganze Finanzlage der

lage der Welt ist doch so, dass man nicht sagen kann, wo es am sichersten und am besten angelegt ist. In solchen produktiven Werten ist es zweifelsohne am sichersten angelegt. Was würde jener sagen, der heute der Reserve das Wort redet, wenn eines schönen Tages das Geld am Wert verliert. Denn die weltwirtschaftlichen Aussichten sind in keiner Richtung resig. Wir werden im Rahmen des Möglichen alles Geld in produktiven Werten anlegen.

Mir ist es auch recht, wenn der Kanal schnell vorwärts geht, aber wir haben noch Verhandlungen mit Oesterreich wegen dem Spiersgraben.

Chef: Wir werden wegen der Spiersgrabenregulierung ehestens wieder bei Oesterreich vorstellig werden. An kleinen Differenzen wird der Bau des Spiersgraben nicht scheitern. Oesterreich wird gewiss seinen Vertragsverpflichtungen nachkommen.

Es wäre auch zu begrüßen, wenn der Landtag einmal die Baustellen besichtigen würde.

iner: Das war schon längst meine ~~meine~~ Idee, aber der Herr Präsident will nicht mitgehen.

ei: Ich glaube nicht, dass ich mich entschuldigen muss für meine Aeusserung. Meine Auffassung geht dahin, dass der Landtag den Gang der Arbeiten wenig beeinflussen kann. Er hat seine Interessen gezeigt durch die Kreditbewilligungen und durch die eingehende Behandlung der Angelegenheit. Diese Arbeit hat man von ihm verlangt und diese hat er auch geleistet. Wenn erzielt werden könnte, dass durch einen Augenschein des Landtages irgendwelche Arbeit gefördert werden könnte, so wäre ich der erste, der die Sache befürworten würde. Ich meinerseits habe schon des öfteren Gelegenheit gehabt, Landesbaustellen zu besichtigen. Wenn gewünscht wird, dass der Landtag in corpore Besichtigungen vornimmt, so weigere ich mich nicht. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass vielleicht an einzelnen Baustellen der eine oder andere Arbeiter kein Verständnis ~~findet~~ dafür findet. Man würde es von verschiedenen Arbeitern nicht so recht verstehen können und lieber se-

nen würden, wenn wir mitarbeiten und mitschaufeln würden. Auch solche Bedenken hege ich.

Schr. Ich begreife den Abg. Batliner, der war früher schon im Landtage. Damals machte man Fahrten ins Appenzell zwecks Strassenbesichtigung und sie sind dann in einem guten Humor heimgekehrt. Dafür ist aber nichts geschaffen worden. Dass dem Abg. Batliner diese Fahrten gefallen haben, glaube ich und begreife, wenn er wieder solche Fahrten wünscht. Besser ist, nicht zuviel Spazierfahrten und mehr positive Arbeit.

Scheli. Ich begreife die Absicht Batliners, es handelt sich da nicht um Spazierfahrten. Es ist interessant, wenn man die Schwerarbeiten von den einzelnen Arbeitern einmal ansieht. Diese Arbeiter in diesen Schmutzlöchern sind wahrlich nicht zu beneiden. Man sieht dann auch, was das Bauamt bisher schon geleistet hat. Es bekäme mancher ein anderes Urteil. Das Bauamt leistet eine riesige Arbeit und es wäre gut, wenn die Abgeordneten einmal die Baustelle besichtigen würden.

Sch. F. Regierung und Baukommission war letztthin in Ruggell und wir konnten mit Befriedigung feststellen, dass die Arbeiter mit aller Befriedigung geschafft haben. Wir besuchten auch noch ander Baustellen und kamen dann nach Vaduz, wo eine Delegation von drei Mann, bestehend aus Foder, I. A. Vogt und Gstöhl von Balsers, auf die Regierung wartete. Ich möchte ersuchen, dass die Regierung solche Deputationen nicht mehr empfängt, sondern ihnen mitteilt, dass sie ihre Sache schriftlich einreichen können. Es macht einen denkbar schlechten Eindruck auch Fremden gegenüber. Meistens finden solche Demonstrationen noch am Montag statt und von solchen Leuten, die nicht weit vom Arbeitsplatze weg sind. Es ist die ganze Sache nur auf eine Hetze zurückzuführen und die Hetzer und Wähler sind eben jene, welche damals gegen die Verwirklichung des Kanales gestimmt haben. Diese machen dem Bauamte und der Regierung heute wieder Schwierigkeiten.

Batliner: Zu den Ausführungen des F. Risch möchte ich nur betonen, dass er in der Baukommission sitzt und öfters auf die Bauplätze kommt. Ich möchte auch einmal sehen, was die Baukommission auf den Bauplätzen macht

Aus diesem Grunde möchte ich den Antrag stellen, dass Regierung und Landtag diese Frage offiziell prüft und wenn die bezügl. Kommission, die diese Frage studieren muss, dazu kommt, dass die Möglichkeit gegeben ist, dass eine wenn auch ganz mässige Steuersenkung durchzuführen. Das würde jedenfalls begrüsst werden.

Das ist also nur eine Anregung.

Wir haben der Steuersenkung, der ja schon verschiedentlich das Wort geredet worden ist, auch unser Augenmerk gewidmet und des öfteren schon Vorstudien in dieser Richtung gemacht. Wie Wals er sehr richtig betont hat, lässt sich diese Frage nicht in Hand umdrehen lösen. Wir dachten schon an die Reform der Erbschafts- und Gesellschaftsteuer und andere in verschiedenen Fällen sehr schwer empfundenen Härten. Solche Härten enthält vor allem der Art. 66 Abs. 2. Ich werde mir erlauben, am Schlusse der Sitzung einen kurzen Entwurf zur Abänderung des Steuergesetzes einzubringen, in dem Sinn, dass die Inventarisationsgebühren nur mehr 2 o/ooo des Wertes vom Reingewinn erhoben wird. Im übrigen haben wir nichts ausserachtgelassen, in der Steuerherabsetzung jene Milderung^{en} eintreten zu lassen, welche bei dem gegenwärtigen Stand unserer Landesfinanzen möglich sind.

Ich möchte doch, dass mein Antrag zur Debatte gestellt wird. Ich habe ihn nicht in dem Sinn gestellt, dass die Auswirkungen schon pro 1932 in Betracht fallen sollen, aber dass diese Frage von der Regierung und dem Landtag studiert und einem späteren Landtag die vorgesehenen Abänderungen unterbreitet werden.

Ich würde wünschen, wenn anstatt der allgemeinen Steuerherabsetzung das Steuerminimum erniedrigt würde. Das würde dem kleinen Mann zugute kommen.

Das ist eben in Sinne des Antrages, das wird dann eben eine der speziellen Fragen sein, die geprüft werden sollen. Risch kann dann in diese Kommission gewählt werden und dann hat er ein Mitpracherecht. Wer für den Antrag, ~~MM~~ Steuersenkung durch eine Kommission mit der Regierung beratend vorbereitet werde, möchte es mit Hand erheben bekunden.

Der Antrag wird einstimmig angenommen, jedoch soll die Kommission

noch nicht bestimmt werden.

.....

Präsident: beginnt mit der Verlesung des Urteiles in der Ministeranklage des Professor Schädler.

Nach der Verlesung des Urteiles:

~~Präsident~~

Sie haben das abgefasste Urteil zur Kenntnis genommen und es wird nun dem Landtage zustehen, zum Urteile Stellung zu nehmen. Es handelt sich darum, ob der Landtag beabsichtigt, weitere Schritte zu tun oder ob es bei der Kenntnisaufnahme bleibt. Es ist vielleicht den Abgeordneten durch die einmalige Lesung nicht alles klar geworden. Vielleicht könnte man die Angelegenheit durch eine Kommissionssitzung behandelt werden.

Abgeordneter: Wie der Landtagspräsident richtig bemerkt, können wir Abgeordnete aus einer einmaligen Lesung nicht alles herausnehmen, wie es aufzufassen ist. Das glaube ich heute verstanden zu haben, dass sich das Urteil hauptsächlich auf Verjährung und auf Unfähigkeit stützt, wenn ich das richtig verstanden habe. Bekanntlich ist auch gegen mich ein Verfahren im Zuge, das bald vollzogen wird und ich müsste lebhaft bedauern, wenn auch ich nur gestützt auf solche Momente freigesprochen werde. Wenn es angänglich ist, verzichte ich zum vorneheran auf die Verjährung und auch auf die Entschuldigung der Dummheit. Wenn ich mich aus Dummheit irgendwie schuldig gemacht habe, so soll der Staatsgerichtshof ruhig über mich das Urteil fällen. Man wolle entschuldigen, dass ich hier das ins Treffen führe. Es kommt mir der Gedanke eines Bauern in einer Versammlung, welcher sagte: Professor Schädler ist wohl vor dieser Welt freigesprochen worden, aber wehe ihm, er hat noch vor einem anderen Richter sich zu verantworten. Ich möchte lieber vom Staatsgerichtshof verurteilt werden als vom ewigen Richter. Ich stehe auf dem Standpunkt, dass ich meine Pflicht getan habe und dass der Staatsgerichtshof Veranlassung hat, mich freizusprechen. Wenn die Presse und andere böse Zungen sagen, ich sei bei der Zeugnisaussage zusammengebrochen und habe hinausgeführt werden müssen, so stelle ich fest, dass das vollkommen verlogen ist und dass ich Gelegenheit hatte, andere Zeugen zu hören, die ganz abstrakte Aussagen

gemacht haben. Ich habe mich an den Reg. Chef gewandt, er möchte die Staatsanwaltschaft ersuchen, dass er beim Staatsgerichtshof vorverstehtig werde, dass ich mit verschiedenen anderen Zeugen konfrontiert werde. Von einem Zusammenbruch meinerseits kann nicht gesprochen werden und bei einer Konfrontation wäre vielleicht noch mehr herausgekommen. -- Wenn man sagt, der frühere Landtag habe die Wahl des Verwaltungsrates der Sparkasse durch Abtreten verunmöglicht, so ist das eine glatte Lüge, wenigstens stimmt das nicht. Diese Zeugen, die so etwas behaupten, befinden sich in einem Irrtum oder haben absichtlich die Unwahrheit gesagt. Wir sind damals abgetreten im Jahre 1926 bei der Wahl des Regierungsrates und Regierungschefstellvertreters, aber nicht bei der Wahl des Sparkasseverwaltungsratmitgliedes. Wir haben damals durchblicken lassen, dass wir abtreten würden, wenn unsere gerechten Wünschen nicht Rechnung getragen würde. Wir haben dann das Präsidium ersucht, ob wir nicht zur Besprechung im Konferenzzimmer abtreten dürften, was uns bewilligt wurde. -- Ich möchte mich nicht zu lange aufhalten, behalte mir aber vor, zu dieser Angelegenheit in einer späteren Sitzung Stellung zu nehmen.

Ich möchte betonen, dass selbstverständlich der Staatsgerichtshof an die bestehenden Gesetze gebunden war. Die Absicht des Landtages bei der Erhebung der Ministeranklage war, dass durch diese Abklärung der Rechtsstand angeklärt werde und das die Öffentlichkeit beunruhigende Element gebannt werde. Der eine Teil sagt, eine Schuld liegt vor, der ander Teil behauptet, die Schuld ist fahrlässig etc. Das, was in der öffentlichen Meinung beunruhigend und unverständlich war, ist nicht behoben worden. Ich muss bedauern, dass der Staatsgerichtshof zu diesem Schluss gekommen ist. Es wäre wünschenswert gewesen, dass eine restlose Abklärung erfolgt wäre, die Sache voll zu klären, das wäre sehr wünschenswert gewesen. Die öffentliche Meinung hätte sollen beruhigt werden. Der Landtag hatte nicht die Absicht, wie man es ihm zumutet, einen Menschen in den Boden hineinzustampfen, er fühlte sich vielmehr verpflichtet, eine derartige Frage, die die Bevölkerung in so grossem Masse interessierte, abklären zu lassen.

Eine Abklärung ist erfolgt, eine Beruhigung nach aussen ist aber nicht festzustellen. - Es ist nun unsere Aufgabe, ob man die Sache nochmals in einer anderen Sitzung behandelt wissen will oder ob diese Kenntnisnahme dem Landtage genügt

Sch. B. Ich stelle den Antrag, dass die Angelegenheit noch vertagt wird.

Mohr: Ich ~~möchte~~ ^{möchte} mir meine Stellungnahme auf eine weitere Sitzung vorbehalten, weil wir keine Juristen sind. Dann haben wir Gelegenheit, sich zur Sache zu äussern. Was herauswächst, lasse ich dahingestellt. Aber nur die Sache kurzerhand ad acta legen, wie es der frühere Reg. Chef getan hat, könnte vorhängnisvoll werden. Wenn ich der Sache etwas skeptisch gegenüberstehe, so ist das vor allem darin begründet, weil ich bei der früheren Regierung war und obwohl ich dem früheren Reg. Chef viel Zutrauen schenkte, aber eine solche Fahrlässigkeit hätte ich ihm nie zugemutet, dass er solche schwerwiegende Berichte einfach ad acta legen konnte. Jetzt bin ich erst recht davon überzeugt, dass ich dem früheren Reg. Chef nur zuviel getraut habe. Es ist eine Blamage, wenn einer so hinter das Licht geführt wird. Das ist eine Unverantwortlichkeit, die nie gutgemacht werden kann. Wenn eine dem Prof. Schilder nahestehende ~~Presse~~ ^{Presse} von furchtbaren "wechselkenntnissen" meinerseits faselt, so ist das ein Hohn, wie man ihn nicht höher denken kann. Man möchte entschuldigen wenn ich in dieser Beziehung etwas gereizt bin. Das ist eine Bosheit, wenn man Jahrelang miteinander in der Regierung sitzt und wenn man dann einen so hinter das Licht führt. Eine solche Bosheit ist zum mindesten recht grobfahrlässig zu bezeichnen. Er ist auch von diesem Punkte nicht freigesprochen, nur die Verjährung hat ihn entschuldigt. Ich möchte nicht am Staatsgerichtshof herumflicken, er hat gesprochen, aber das Volksempfinden ist nicht befriedigt.

Der Staatsgerichtshof hatte seine richterlichen Grundlinien und war an die Gesetze gebunden. Ich hoffe nicht, dass meine zum Ausdruck gebrachte Meinung ein öffentliches Misstrauensvotum bedeuten soll. Bedauerlich ist nur, dass der Zweck der Sache, die Beruhigung der öffentlichen Meinung, durch das Urteil nicht erfüllt worden ist.

Es hätte sollen in dieser äusserst schwerwiegenden Sache ein beruhigendes Urteil gefällt werden.

Wir stimmen nun ab, ob die Behandlung der Sache auf eine spätere Sitzung vertagt werden soll.

Die Abstimmung lautet einstimmig auf Vertagung.

Schluss der öffentlichen Sitzung um 5 Uhr. Die Abgeordneten ziehen sich ins Konferenzzimmer zurück.

Vaduz, am 15. Jänner 1932

Grüsch

*Jansch
Hoop*

Elektronik